

## **1. Autor, Titel:**

Daniel Volkert

Zwischen Parteibuch und Wahlurne: Parteipolitische Inkorporationsprozesse von EinwanderInnen am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Parti Socialiste in Frankreich (*Originaltitel der Arbeit*)

Parteien und Migranten – Inkorporationsprozesse innerhalb der SPD und der französischen PS (*Verlagstitel*)

## **2. Quelle**

Transcript, Bielefeld, 2017

## **3. Kurzgliederung**

Danksagung

1 Einleitung

1.1 Allgemeine Forschungsrelevanz

1.2 Fallauswahl und Arbeitshypothesen

1.3 Forschungsstand und Forschungsbeitrag dieser Arbeit

1.4 Aufbau

2 Theoretisch-konzeptioneller Rahmen

2.1 Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes „Partei“

2.2 Parteien und Wandel

2.3 Zwischenresümee

3 Methoden

3.1 Dokumentenanalyse

3.2 Leitfadengestützte Interviews und teilnehmende Beobachtung

4 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

4.1 Von 1973 bis 1979: Erste Ansätze in der Mitgliederanwerbung

4.2 Von 1980 bis 1988: Zwischen Ausländerwahlrecht und Ausländerfeindlichkeit

4.3 Von 1989 bis 1998: Vom Objekt zum handelnden Subjekt

4.4 Von 1999 bis 2009: Das Primat der Integration und der Individualisierung

4.5 Von 2009 bis 2013: Integration, Vielfalt und Gleichberechtigung im Spannungsfeld

4.6 Zwischenresümee

5 Die Berliner SPD

5.1 Parteipolitische Inkorporationsprozesse unter Vorbehalten

5.2 Zwischen Aufbruchsstimmung und Enttäuschung: Die Phase der innerparteilichen Mobilisierung von Migranten/Migrantinnen

- 5.3 Priorisierung des Wahlstimmenfangs und der politischen Repräsentation von Migranten/Migrantinnen
- 5.4 Zwischen Anpassungsdruck und Eigenständigkeit gegenüber Impulsen der Bundespartei
- 5.5 Zwischenresümee
- 6 Fallstudie in Berlin
  - 6.1 Mitgliedschaft, Ansprache und Verankerung
  - 6.2 Zugang zu politischen Machtpositionen
  - 6.3 Zwischenresümee
- 7 Die Parti socialiste in Frankreich
  - 7.1 Von 1972 bis 1977: Arbeitsmigranten/-migrantinnen als Objekte politischen Handelns
  - 7.2 Von 1978 bis 1989: Vom Objekt zum Subjekt politischen Handelns
  - 7.3 Von 1989 bis 2001: Das Primat der Integration
  - 7.4 Von 2002 bis 2012: Zwischen Antidiskriminierungs-, Vielfalts- und Parteienwettbewerbsrhetorik
  - 7.5 Zwischenresümee
- 8 Die Pariser Sozialisten
  - 8.1 Dominanz nationaler Impulse und Inaktivität der Pariser PS
  - 8.2 Mobilisierung und Einstellungswandel über die Parteiflügelgrenzen hinaus
  - 8.3 Zwischenresümee
- 9 Fallstudie in Paris und Seine-Saint-Denis
  - 9.1 Eine Parteigliederung in einem Pariser Arrondissement
  - 9.2 Eine Parteigliederung in einer Stadt in Seine-Saint-Denis
  - 9.3 Zwischenresümee
- 10 Fazit und Forschungsausblick
- Abkürzungsverzeichnis
- Literatur
- Quellen

#### **4. Zusammenfassung**

Seit den letzten Jahrzehnten müssen sich gesellschaftspolitische Organisationen in demokratisch verfassten Gesellschaften mit der einwanderungsbedingten Heterogenität und den damit

verbundenen Herausforderungen auseinandersetzen. Eine dieser Herausforderungen ist die politische Inkorporation, d.h. Teilhabe und Repräsentation, von Einwanderern/Einwanderinnen. Politische Parteien sind hier besonders gefordert, da sie als intermediäre Instanz zwischen Staat und Gesellschaft sowie als Rekrutierungsorgane für den politischen Nachwuchs eine zentrale Rolle bei der politischen Teilhabe und Repräsentation einnehmen. Gleichzeitig stecken sie zunehmend in einer Vertrauens- und Repräsentationskrise.

Am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der französischen Parti socialiste (PS) wird untersucht, inwieweit und warum es zu parteipolitischen Inkorporationsprozessen von Einwanderern/Einwanderinnen kommt. Im Zentrum der Untersuchung stehen dabei die innerparteilichen Debatten über und Maßnahmen zur Ansprache, Anwerbung und Förderung von Migranten/Migrantinnen als potentielle Wähler/innen, Parteimitglieder oder zukünftiges politisches Personal. Ferner werden neben den nationalen Parteebenen, Partiegliederungen in Berlin und Paris untersucht, um den Einfluss großstädtischer Kontexte im Kontrast zu nationalen Einwanderung- und Integrationsrahmenbedingungen herauszuarbeiten. Für die Untersuchung wird ein parteiorganisationstheoretischer Ansatz gewählt, nach dem Parteien als hochkomplexe Organisationen zu verstehen sind. Diese zeichnen sich durch eine Heterogenität an Zielen und Akteuren aus und werden durch formale Strukturen, innerparteiliche Normen sowie Umwelteinflüsse geprägt. Eine feinteilige Analyse der Interaktion zwischen diesen verschiedenen Elementen ermöglicht es, die parteipolitische Inkorporations- bzw. Exklusionsprozesse von Einwanderern/Einwanderinnen auf den verschiedenen Ebenen herauszuarbeiten und nachvollziehbar zu machen.

Für den methodischen Zugang bietet sich angesichts der organisationsbedingten Vielschichtigkeit von Parteien eine Verbindung von verschiedenen qualitativen Methoden an, um ein möglichst umfassendes Bild über innerparteiliche Prozesse zu erhalten. Somit wird eine Kombination aus Dokumentenanalyse, leitfadengestützten Interviews und teilnehmenden Beobachtungen in der vorliegenden Arbeit gewählt.

Insgesamt lässt sich für beide Parteien festhalten, dass es auf unterschiedliche Art und Weise zu einer verstärkten parteipolitischen Inkorporation von Migranten/Migrantinnen über die Zeit kommt. Während die SPD früher und stärker auf die Gewinnung von migrantischen Mitgliedern zielt, fokussiert sich die PS lange Zeit ausschließlich auf die Ansprache von Wählern/Wählerinnen mit Migrationshintergrund. Erst mit der Jahrtausendwende lässt sich eine Angleichung der Debatten und Maßnahmen erkennen. So stehen nunmehr die politische Repräsentation von Migranten/Migrantinnen sowie der Maximierung des migrantischen Wahlpotenzials im Vordergrund beider Parteien. Hierfür ist die Wandlung nationaler Pfadabhän-

gigkeiten in Kombination innerparteilicher Normen und Werte sowie eines sich verändernden Parteienwettbewerb verantwortlich.

Ferner zeigt sich u.a. am Beispiel der Berliner SPD, dass die lose Koppelung innerparteilicher Strukturen sowie die Bereitschaft sich lokalen Migrantenorganisationen zu öffnen, viel stärker zu parteipolitischen Inkorporationsprozessen von Einwanderern/Einwanderinnen beiträgt, als Impulse und Vorgaben von nationaler Parteebene. Schließlich wird partei- und länderübergreifend deutlich, dass Öffnungsprozesse in den lokalen Parteigliederungen entscheidenden von den Eliten vor Ort abhängen. Sie bewerten die Legitimität von migrantischen Repräsentationsansprüchen, die Bedeutung migrantischer Wählerstimmen sowie die innerparteiliche Bereitschaft für eine gezielte Förderung von Migranten/Migrantinnen.